

Haushaltsrede 2019/2020

**Nichts Neues von Bund und Land –
Aktuelles Motto: „Wer bestellt, der bezahlt nicht“**

**Fazit: Der Staat erzielt ausreichend Steuereinnahmen,
verteilt diese aber nicht gerecht!**

Es gilt das gesprochene Wort

**Haushaltsrede von Bürgermeister Mario Loskill in der Sitzung des Gemeinderates
am 14. März 2019**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

gemeinsam mit Kämmerer Heribert Schwamborn lege ich Ihnen, liebe Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter, sowie den Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde Ruppichteroth, bereits zum fünften Mal einen Doppelhaushalt vor – diesmal für die Jahre 2019 und 2020.

Die personell kleinste Verwaltung im Rhein-Sieg-Kreis hat es wieder einmal geschafft, einen Doppelhaushalt so vorzulegen, dass dieser mit seiner Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) bis 2023 durch die Kommunalaufsicht grundsätzlich genehmigungsfähig ist.

Dies unter Beibehaltung der moderaten Erhöhung der Grundsteuer B von jährlich 15 v.H. Ich erkenne nicht, dass wie im HSK vorgegeben, im Jahre 2020 die Grundsteuer A um 15 v.H. sowie die Gewerbesteuer um 50 v.H. erhöht werden muss. Allerdings ist die Gewerbesteuer im Gegensatz zu vielen Kommunen in unserer Region seit Jahren nicht erhöht worden (= zuletzt im Jahre 2013).

Somit tragen ab dem kommenden Jahr viele Abgabepflichtige die Bürde und Last des angestrebten Haushaltsausgleichs.

Hoffnungsvoll stimmt die Aussage der Landesregierung NRW, dass der auslaufende Fond Deutscher Einheit ab dem Jahr 2020 im GFG (Gemeindefinanzierungsgesetz) positiv für uns Kommunen eingearbeitet werden soll.

Selbstverständlich ist es zu begrüßen, dass das Land NRW die vom Bund an das Land gewährten Integrationsmittel in Höhe von 430 Millionen Euro 1:1 im Jahr 2019 an die Kommunen weiterleitet; dies hilft uns natürlich. Es bleibt aber nur ein Strohfeuer.

Letztlich haben die Kommunen in den Jahren 2015 bis 2018 ihre Kosten für Flüchtlinge nicht zu 100 Prozent erstattet bekommen. Die Lippenbekenntnisse, egal von welcher Landesregierung, bald möglichst für eine solche Erstattung zu sorgen, bleibt Wunschdenken. Echte Euros kamen und kommen für eine Vollerstattung bisher in unserer Kommune nicht an. In den Spitzenjahren der Flüchtlingszuweisungen (2015 bis 2017) erwirtschaftete die Gemeinde Ruppichteroth im Flüchtlingsbereich jährliche Defizite von bis zu 500.000 Euro. In den Jahren 2019 und 2020 wird es bei Defiziten von mindestens rund 180.000 Euro in diesem Bereich verbleiben. Von einer 100 Prozentigen Kostenerstattung für Flüchtlinge, die es in anderen Bundesländern wie Rheinland-Pfalz und Bayern gibt, sind wir in NRW gefühlt bis zum Planeten Neptun entfernt.

Aktuell erhält die Gemeinde für 54 Personen eine FlüAG-Pauschale; für 29 geduldete Flüchtlinge nicht mehr – Tendenz leider steigend, da viele Klageverfahren bald vor dem Verwaltungsgericht enden werden. Nach drei Monaten nach der Bestandskraft gehen die Kosten zu 100 Prozent zu Lasten der Kommune. Die Erhöhung der FlüAG-Pauschale steht nach wie vor aus, obwohl das Gutachten hierzu seit Monaten vorliegt. Für das Jahr 2018 dürfen wir wieder nichts erwarten, vorbei ist vorbei. Rückwirkend bedeutet wohl leider nur noch ab 1.1.2019.

Laut dem NRW Städte- und Gemeindebund können wir zumindest mit einer künftigen Planungssicherheit bis 2025 rechnen. Die jährliche Kostenerstattung je Flüchtling wird sich zwischen 11.000 und 16.000 Euro bewegen. Konkretes gibt es leider dazu immer noch nicht. Eine Aussage hat das Land bereits verlässlich gegenüber dem Städte und Gemeindebund geäußert: Geduldete Flüchtlinge bleibt Sache der Kommune. Keine Kostenerstattung für diesen Personenkreis! Die Weiterleitung der Integrationsmittel vom Bund muss reichen.

Frage: Warum geht das Land nicht hin und schafft eine FlüAG-Pauschale mit einer jährlichen Höhe pro Flüchtling ?, unabhängig von seinem Flüchtlingsstatus, also unabhängig ob geduldet oder noch im Verfahren – sozusagen eine Pauschale für „alle“ Personen. Damit wäre uns echt geholfen und nicht mit einer einmaligen Weiterleitung von Integrationsmittel.

Wenn ich gerade aus dem Fenster schaue, so fällt mir anhand des heutigen Wetters nur noch eines dazu ein: „Wieder einmal werden die Kommunen alleine im Regen stehen gelassen“. Wo bleibt der rettende Finanzschirm?

Unser Bund, der letztlich 2015 mit „Wir schaffen das“ bestellt hatte, entzieht sich aus der gesamtstaatlichen Pflicht die Bestellung zu bezahlen. Aktuelle Aussagen aus dem Bundesfinanzministerium lauten: „Keine weiteren Gelder für geduldete Flüchtlinge, für Flüchtlinge generell und keine weiteren Integrationsmittel für Flüchtlinge und der Rückzug aus den Kosten der Unterkunft bei Hartz IV/SGBII- Empfängern ist ebenfalls eingeleitet. Dies ist aus meiner Sicht beschämend.

Viele Menschen aus der Gemeinde, insbesondere der Arbeitskreis Flüchtlingshilfe, haben sich gemeinsam mit Rat und Verwaltung der Herausforderung der Aufnahme der Flüchtlinge und deren Integration gestellt – haben Verantwortung ohne Wenn und Aber getragen – bis heute. Aber die finanzielle Verantwortung lehnt der Bund zugunsten seines ausgeglichenen Haushaltes ab und zu Lasten eines kommunalen Haushaltes wie in Ruppichteroth – noch Jahre entfernt vom Haushaltsausgleich.

Die Kommunen, Träger der Demokratie, werden wie immer stiefmütterlich behandelt und alleine mit ihren gesamtstaatlichen Aufgaben gelassen. Bund und Länder ziehen sich für ihre ausgeglichenen Haushalte immer mehr aus der finanziellen Verantwortung gegenüber den Gemeinden.

Ich frage den Bund: Wieso nicht niederländisch?

Im jährlichen Staatshaushalt der Niederlande besteht ein fester Titel für die Kommunal финанzen der Städte und Gemeinden – die sogenannten „Gemeentefonds“. Die darin vorgesehenen Mittel werden auf die Gemeinden verteilt. Das Gesetz verfolgt das Ziel der Herstellung möglichst gleicher Lebensverhältnisse, deren wichtigstes Einzelkriterium die Einwohnerzahl ist. Berücksichtigt werden aber auch die Lage der Gemeinden und ihre topografischen Bedürfnisse. Der Fond ermöglicht den Kommunen, darüber in eigener Verantwortung zu verfügen. Daneben gibt es für besondere Projekte und Bedürfnisse noch Sonderzuweisungen und Förderungen.

Warum nicht in Deutschland? Hier müssten Bund und die Länder über ihre politischen Schatten springen und das Grundgesetz ändern, damit dies möglich wäre. Wir wissen durch den Digitalpakt, wie schwierig diese Materie ist.

Letztlich bekämen die Kommunen mit der Lösung „Niederlande“ in Deutschland endlich Geldmittel zur Tragung der gesamtstaatlichen Aufgaben wie Flüchtlingshilfe, Sozialhilfe und Jugendhilfe, um nur die größten Kostenblöcke zu nennen.

Sie sehen es an meiner grünen Krawatte: „Die Hoffnung stirbt zuletzt“.

Mit meinen Ausführungen der fehlenden finanziellen Unterstützung durch Bund und Land, wie so oft in meinen bisherigen Haushaltsreden, möchte ich nicht von den eigenen „Hausaufgaben“ ablenken, die wir selbstverständlich zu erledigen haben. Hierbei hat der Gemeinderat die Verwaltung und mich als Bürgermeister stets unterstützt und darauf baue ich auch weiterhin.

Sie werden anhand der Ausführungen des Kämmerers schnell erkennen, dass wir weiterhin den Haushalt konsolidieren, ob durch weitere Einsparungen bei den Aufwendungen oder durch moderate Erhöhungen bei den Einnahmen. Aber dies alles ist endlich und hat natürlich Grenzen bei den Abgabepflichtigen, also überwiegend bei den Bürgerinnen und Bürgern unserer Gemeinde.

Wir brauchen als strukturschwache Kommune weiterhin Hilfe von außen. Hierfür reichen nicht die zahlreichen Förderprogramme aus, wo so langsam der Eindruck entsteht, dass man vor lauter Programmen die Förderquellen nicht mehr sieht. Dies hat auch Grenzen bei unseren personellen Kapazitäten und bringt Sorgen, dass am Ende des Tages etwas Wichtiges übersehen wird. Aber wir wollen auch hier über interkommunale Zusammenarbeit die berühmten Synergieeffekte heben.

Aufgrund der weiterhin angespannten Personalsituation bitte ich den Gemeinderat meinen vorgelegten Stellenplan, der auch die Übernahme von Auszubildenden und Neueinstellungen im Bauhof und im Hausmeisterpool vorsieht, mit zu tragen. Dies auch wichtig für den Erhalt unseres Infrastrukturvermögens.

Ich möchte abermals auf die wohl im April 2019 zu erwartende Verabschiedung des Kommunalwahlgesetzes hinweisen, die die Möglichkeit der Verkleinerung des Gemeinderates bis zum Stichtag 21. Juli 2019 schafft. Es ist auch die Gelegenheit für den Gemeinderat selbst zu Einsparungen im gemeindlichen Haushalt beizutragen.

Wie in den vergangenen Jahren baue ich erneut auf die Unterstützung der Fraktionen im Rat der Gemeinde, um über den Doppelhaushalt 2019/2020 die Entwicklung der Gemeinde weiterhin positiv voranzutreiben.

Gemeinsam mit der Bevölkerung, den Vereinen und Institutionen, den Beschäftigten der Gemeindeverwaltung ist trotz knapper Geldmittel und Förderquellen viel zu erreichen. Gehen wir es an!

Ich bitte die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter die Haushaltsberatungen so zu führen, dass sie von finanzieller Vernunft geprägt sind. Erneut werbe ich für eine weiterhin gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Ein großes Dankeschön gebührt unserem Kämmerer, Herrn Heribert Schwamborn, für seine erneut unermüdliche Zusammenstellung der Zahlen und des Haushaltswerkes – auch geprägt durch viele arbeitsintensive Förderprogramme wie des Kommunalen Klimaschutz.NRW-Programms (Stichwort Sanierung Bröltalhalle). Gleichzeitig bedanke ich mich ausdrücklich beim „Haushaltsteam der Kämmerei“, Frau Ingrid Sandvoß, Frau Claudia Winkler und Frau Heike Nörderhäuser, für die vorbildliche kompetente in hohem Maße geleistete Arbeit an der Erstellung des Doppelhaushaltes. Ebenso gilt mein Dank allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an der Ermittlung der wichtigen Zahlen und Daten mitgewirkt haben. Hier sei insbesondere mein Mitarbeiter Klaus Müller genannt, der von Heribert Schwamborn intensiv in die Geheimnisse des Haushaltes eingearbeitet wurde. Dies hat den Hintergrund, dass unser Kämmerer im Jahre 2020 in den wohlverdienten Ruhestand treten wird. Es war und ist somit der letzte Doppelhaushalt, der von ihm erstellt wurde. Etwas Persönliches: Es ist ein komisches, beklemmendes Gefühl, einen solch versierten, hoch kompetenten und vertrauten Finanzfachmann künftig zu verlieren, auch wenn ein begabter Nachfolger „in Lauerstellung“ bereits bereit steht und entsprechend eingearbeitet wird. Aber wie heißt es so schön: „Alles hat seine Zeit“.

Abschließend bleibt mir bei meinem nunmehr fünften eingebrachten Doppelhaushalt der Wunsch einer erneut guten und sachlichen Beratung in den Ratsfraktionen. Gemeinsam mit dem Kämmerer stehe ich Ihnen gerne für Rückfragen in den Haushaltsberatungen zur Verfügung.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Mario Loskill
Bürgermeister

PS: Nun wird Sie unser Kämmerer, Heribert Schwamborn, über weitere Details des Doppelhaushaltes 2019/2020 informieren.